

Schockwelle in Schulen: Bombendrohungen erschüttern ganz Deutschland!

In Deutschland häufen sich Bombendrohungen gegen Schulen, insbesondere in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Sicherheitsbehörden reagieren.



Rheinland-Pfalz, Deutschland - In Deutschland häufen sich derzeit Bombendrohungen gegen Schulen. Allein in Baden-Württemberg gingen am Montag etwa 180 gleichlautende Drohmails ein, wie das Landeskriminalamt in Stuttgart mitteilte. Besonders betroffen sind nicht nur die Schulen in Baden-Württemberg, sondern auch in Rheinland-Pfalz, wo mindestens 50 Schulen in Alarmbereitschaft versetzt wurden. Ähnliche Vorfälle wurden zudem aus Thüringen, wo 36 Schulen betroffen sind, sowie aus Berlin und Brandenburg, wo 13 bzw. 22 Schulen jeweils Drohmails erhalten haben, gemeldet. Auch Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind betroffen, allerdings

wurden hier keine genauen Zahlen veröffentlicht.

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg berichtete zudem von einer „unteren dreistelligen Zahl“ an Drohmails, die in den vergangenen Tagen eingegangen sind. Die Behörden nehmen diese Drohungen sehr ernst, konnten jedoch bislang keine konkreten Gefahren feststellen. Der Sprecher des bayerischen Landeskriminalamts bezeichnete die Situation als eine „gezielte, bundesweite Aktion“. Die Ermittler vermuten einen Zusammenhang zwischen den Bombendrohungen und den laufenden Abiturprüfungen in Deutschland, was die Ängste und Unsicherheiten unter den Schülerinnen und Schülern erhöht.

Auswirkungen auf den Schulbetrieb

Der drohende Alarm hat weitreichende Konsequenzen für die betroffenen Schulen. In Thüringen wurden Abitur- und Abschlussprüfungen abgesagt, was die Planung und Durchführung der Prüfungen erheblich beeinträchtigt. Eine ähnliche Situation könnte sich auch in anderen Bundesländern abzeichnen, in denen ähnliche Drohmails eingegangen sind. Experten warnen, dass solche Ereignisse nicht nur den Schulbetrieb stören, sondern auch das psychische Wohlbefinden der Schülerschaft stark belasten.

Zusätzlich zu den Vorfällen in Deutschland werden auch aus Österreich alarmierende Meldungen laut. Innerhalb von drei Tagen erhielten dort über 50 Bildungseinrichtungen, vorrangig Schulen, Drohschreiben. Der Chef der österreichischen Verfassungsschutzbehörde äußerte sich besorgt über die beunruhigende Anzahl an Fällen in Österreich, was eine angespannte Situation im gesamten deutschsprachigen Raum verdeutlicht. Auch hier wird ein Zusammenhang der Drohungen mit den Prüfungsterminen vermutet.

Globale Perspektive

Diese Vorfälle stehen in einem größeren, internationalen

Kontext. Laut **Destatis** wurden in den Jahren 2022 und 2023 weltweit über 6.000 Angriffe auf Bildungseinrichtungen registriert. Solche Angriffe betreffen nicht nur Gebäude, sondern auch Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte. Diese gewalttätigen Übergriffe, die unterschiedlichster Natur sind, verdeutlichen, dass der Schulbesuch in vielen Regionen der Welt mit enormen Risiken verbunden ist. Angriffe, wie militärische Besetzungen und gezielte Gewalt gegen Mädchen, hindern Millionen von Kindern daran, zur Schule zu gehen.

Am 9. September wird zudem der International Day to Protect Education from Attack begangen, um auf die Notlage dieser Kinder aufmerksam zu machen. Das Recht auf Bildung ist als fundamentales Menschenrecht in Artikel 26 der Menschenrechtsdeklaration verankert. Die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG) streben an, bis 2030 sichere und inklusive Bildungseinrichtungen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist es alarmierend, zu sehen, wie auch in Deutschland die Sicherheit an Schulen momentan in Frage steht.

Details	
Vorfall	Bombendrohung
Ort	Rheinland-Pfalz, Deutschland
Quellen	• www.derwesten.de • www.stern.de • www.destatis.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net